

kurswende in die Wege zu leiten, also strategisch darauf hinzuwirken, dass die eigenen Deutungen und Themen ins Zentrum rücken. Auf dieser Ebene sollten die Parteien den Dialog mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft führen, um

Grundzüge eines neuen Investitionsregimes auszuarbeiten und eine politische Wende in der sedierten Republik zumindest zu versuchen. Und umgekehrt müssen auch Impulse »von unten« aus den Parteien sowie der Zivilgesellschaft erfolgen.



Benjamin Mikfeld

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie.

benjamin.mikfeld@denkwerk-demokratie.de

Michael Brie

Die Hausaufgaben sind noch nicht gemacht

Die linke Mitte und ihre gesellschaftliche Grundlage

Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 hatte Sigmar Gabriel die SPD auf den Kurs der Schaffung neuer Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft eingeschworen. Mit Verweis auf Willy Brandts Politik der späten 60er Jahre formulierte er 2009 auf dem Parteitag in Dresden: »Die Mitte war links, weil wir sie verändert haben. Die SPD hat sie erobert, und das müssen wir wieder machen, liebe Genossinnen und Genossen«. Dieses Ziel wurde 2013 verfehlt, und zwar durch die gesamte politische Linke in Deutschland. Addiert man die Wählerschaft von CDU/CSU, FDP und AfD, so war der relative Anteil von SPD, Grünen und der Partei DIE LINKE an den abgegebenen Stimmen seit 1990 noch nie so gering. Er lag bei 43 %, 1998 waren es noch 10 Prozentpunkte mehr, seitdem sank der Anteil stetig. Einer der Gründe ist der spezifische Charakter der geringeren Wahlbeteiligung. Sie hat auch ein soziales Gesicht. In den gut betuchten Stadtteilen Hamburgs, Berlins oder Kölns gehen weiterhin 90 % der Bürgerinnen und Bürger in die Wahllokale. In den sogenannten Problembezirken aber sind es verbreitet unter 50 %. Es

ist eine Demokratie der Ungleichheit entstanden – die ungleiche demokratische Partizipation und eine Politik der ungleichen Verteilung von Lebenschancen verstärken sich wechselseitig, wie Larry M. Bartels in *Unequal democracy* konstatiert.

Die Niedrigverdiener, das Subproletariat, jene, die euphemistisch als Bildungsferne bezeichnet werden, und kaum integrierte migrantische Gruppen verabschieden sich aus der Demokratie oder kommen dort gar nicht erst an – nicht bei Wahlen und schon gar nicht beim demokratischen öffentlichen Protest und anderen Formen demokratischer Partizipation. Sie glauben nicht, dass sie dabei etwas zu gewinnen haben. Über Jahrzehnte sind sie einer Politik negativer Diskriminierung ausgesetzt.

Genau jene, die von der Politik einer linken Mitte am meisten profitieren würden, die auf den Sozialstaat, die öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Eingriffe in die Wirtschaft besonders angewiesen sind, behalten ihre Wahlstimme für sich und fühlen sich von der politischen Linken im weitesten Sinne nicht angesprochen. Und die

Teile der Mittelschichten, die vor allem im öffentlichen Sektor, den humanorientierten Dienstleistungen der Bildung, Gesundheit und Pflege aktiv sind, sehen gleichfalls keine wirkliche Alternative zum Status quo. So entstehen keine Mehrheiten einer linken Mitte in Deutschland. Mehr noch: In anderen Ländern entstehen auch mit Unterstützung aus Teilen der sozial Benachteiligten eher neue, dezidiert rechte Mehrheiten.

Mehrheiten sind nicht da, sondern müssen geschaffen werden. Gegenwärtig gelingt dies vor allem Angela Merkel. Sie ist das Gravitationszentrum der deutschen Politik. Ihr Integrationsangebot ist das einer nationalen Wettbewerbsgemeinschaft in einer globalisierten Welt. Diese Politik hat sich in der Krise ab 2008 politisch bewährt. Es ist neoliberale Politik mit sich jeweils ändernden Mitteln. Sozialer Ausgleich, ökologische Modernisierung, Einstellung auf veränderte Familienstrukturen und die kulturelle Heterogenität der Gesellschaft sind kein Tabu, sondern können als Beiträge zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland angesehen werden. Dies erklärt die ungeheure Flexibilität der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Ihre Partner kann sie wechseln, brennende Themen werden nach Phasen des Zögerns und Experimentierens aufgegriffen, die Richtung wird ständig neu angepasst. Die jähen Wendungen beim Atomausstieg und die bewusst gebremste Hinwendung zu »Lohnuntergrenzen« oder der Gleichstellung homosexueller Paare sind nur zwei Beispiele.

Eine solche Politik ist auf der Ebene einzelner Forderungen fast unangreifbar. Bündnisse mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Angebote an die Länder, Reformvorhaben, die neue Chancen für kulturell oder auch sozial Benachteiligte enthalten, sind möglich. Es werden Win-Win-Situationen geschaffen. Nur die Basis der Aushandlung ist vorgegeben: Sicherung des Wirtschaftsstandorts, Stärkung des Exportmodells Deutschland, Austerität nach Ab-

wehr der Zusammenbruchsgefahren von Banken und Staaten. Der Erfolg dieser Politik verdeckt den Preis: Altersarmut wird so nicht verhindert. Unsicherheit und hoher Arbeitsdruck werden verstetigt. Die soziale Mitte der Gesellschaft wird geschwächt. Die Unterschichten verfestigen sich. Der ökologische Umbau wird verlangsamt. Der enorme Konkurrenzdruck und der Zwang zum Sparen verzögern die Erholung in den schwächeren Euro-Ländern und bürdern deren Bevölkerungen hohe soziale Kosten auf.

Die Politik der verschiedenen Regierungen von Angela Merkel seit 2005 hat große Stärken. Sie strukturiert eine Mitte, die marktorientiert und eher rechts ist und ein Bündnis mit dem Oben der Gesellschaft eingegangen ist. Sie verteidigen ihre Privilegien und sehen sich trotz massiver Begünstigung besonders schlecht behandelt (Wilhelm Heitmeyer). Die Schwächen sind weniger offensichtlich, aber sie sind da. Die erste Schwäche ist

Es gibt keine solidarische Entwicklungsstrategie

die enorme Krisenanfälligkeit. Eine solche Politik balanciert am Rande scharfer Gegensätze. Bisher gelang es, das Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern, die Wirtschaft zumindest in Deutschland nach einem jähen Einbruch relativ schnell wieder zu stabilisieren. Aber dies muss nicht so bleiben. Zweitens bleiben abgesehen von den oberen 10% der Gesellschaft alle anderen weit unter ihren Lebensmöglichkeiten. Die Spaltung in der EU vertieft sich zwischen Gewinnern und Verlierern. Es gibt keine solidarische Entwicklungsstrategie. Und drittens werden demokratische Entscheidungen weiter an den kurzfristigen Imperativen der Märkte, vornehmlich der Finanzmärkte, ausgerichtet. Zukunftsfragen werden viel zu zögerlich angegangen. Politische Steuerung sieht anders aus. Sie braucht einen langen Atem.

Eine linke Mitte kann in Deutschland nur entstehen, wenn die Politik zugleich

drei Gruppen anzusprechen vermag: Erstens sind dies die, die Gero Neugebauer die »bedrohten Arbeitnehmer« genannt hat. Es ist dies sozial die untere Mitte der Gesellschaft in Industrie und Dienstleistungen. Dazu gehören auch viele Rentnerinnen und *Keine linke Mitte ohne Unten* Rentner sowie die, die jetzt in das Arbeitsleben einsteigen und um ihre Perspektive bangen. Zweitens gehören dazu die, die im öffentlichen Sektor, der öffentlichen Daseinsvorsorge, den Bereichen humanorientierter Dienstleistungen, der Kultur und des Sozialen als Mittelschichten tätig sind, von öffentlicher Finanzierung abhängen und wichtige solidarische Werte verkörpern. Dieser Sektor hat unter den Kürzungen der letzten Jahrzehnte und dem enormen Rationalisierungsdruck besonders gelitten. Es sind »die kritischen Bildungseliten« und »das engagierte Bürgertum«, um die Begriffe von Neugebauer zu benutzen. Und drittens sind es jene, die heute weit unterproportional zur Wahl gehen, die schon genannten Gruppen im Unten der Gesellschaft, ihr Subproletariat. Ohne sie gibt es für eine linke Mitte keine parlamentarischen Mehrheiten, und gesellschaftliche Mehrheiten entstehen ohne sie schon gar nicht. Nur aus allen drei Gruppen zusammen erwachsen Mehrheiten. Es wäre ein Arbeitnehmer-Mitte-Unten-Bündnis zu formen, und dabei gilt: »Für nachhaltige gesellschaftliche Mehrheiten, die sich auch in Wahlergebnissen und parlamentarischen Mehrheiten niederschlagen, sind die Stimmen und die Unterstützung aus den unteren sozialen Schichten unverzichtbar, um eine ›Unten-Mitte-Politik‹ zu verankern. Gelingt diese Mobilisierung nicht, bleibt nur die Konkurrenz um die wahlbereiten Schichten, unter denen aus sozialstruktureller Perspektive die mittleren und oberen Schichten dominieren, die politisch eher ›Oben-Mitte-Bündnisse‹ favorisieren« (Horst Kahrs: *Abschied aus der Demokratie*).

Was aber kann diese so verschiedenen Gruppen zusammenbringen? Noch einmal sei aus Sigmar Gabriels Rede von 2009 zitiert. Er sagte damals: »Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, dahin, wo es brodeln, dahin, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt«. Ich habe mir diesen Satz gemerkt, weil er eine zentrale Wahrheit enthält: Eine linke Mitte ist nur möglich, wenn sie die Frage des Unten in der Gesellschaft wirklich ernst nimmt, wenn sie sich dem stellt, was der bürgerlichen Nase stinkt. Die Linke in ihrer Breite ist aber weit entfernt davon, zum Anwalt des Unten zu werden. Mindestlohn oder Abschwächung von Leiharbeit tangieren nur die Auswüchse.

Will man die Hegemonie der Merkel-Politik herausfordern, dann muss man auf eine andere Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik setzen. Dann geht es nicht um etwas Mehr oder Weniger, sondern um ein Anderes. Präziser heißt das: Immer wieder wird deutlich gemacht, dass Deutschlands Exporterfolge von einer chronischen Investitionsschwäche im eigenen Land begleitet sind. Fast 400 Milliarden Euro deutschen Kapitals sind in den letzten zehn Jahren im Ausland verloren gegangen (d.h. »verschenkt« worden), ein Viertel der gesamten Überschüsse. Der enorme Exportüberschuss von bis zu 8 % des Bruttoinlandsprodukts drückt sich als Auslandsvermögen der Vermögensklassen der Bundesrepublik (Wolfgang Streeck) aus. Während die Löhne stagnierten, die öffentlichen Investitionen sanken, ist das überakkumulierte Kapital abgeflossen. Deutschland lebt unter seinen Möglichkeiten und auf Kosten eigener Perspektiven! Dies ist die eigentliche Achillesferse der Merkel-Politik. So gut das Land scheinbar da steht, so sehr vergibt es auf Kosten der Schwächeren der Gesellschaft die eigenen Zukunftschancen.

Die erste Aufgabe wäre, die Sozialinvestitionen in Bildung, in soziale und kulturelle Integration, in die Aufwertung der

vor allem von Frauen geleisteten humanorientierten Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit und Pflege drastisch zu erhöhen. Dies kommt vor allem den unteren Gruppen zugute, gibt ihnen wieder Zukunft, erhöht Einkommen, Sicherheit und schafft gute Arbeit in den entsprechenden Berufen und baut auch die Basis solidarischer Mittelschichten aus. Es müssen gerade kommunal sehr große Anstrengungen unternommen werden, um die Gettoisierung der unteren Gruppen, jener mit Wurzeln in Deutschland oder im Ausland, aufzulösen. Die Familien alleine oder die Schulen in ihrer gegenwärtigen Gestalt sind völlig überfordert. Die Integrationsinstanzen sind nachhaltig geschwächt und dem muss öffentlich entgegengewirkt werden. Es geht um Investitionen in die soziale Infrastruktur, den soziokulturellen Reproduktionsbereich der Gesellschaft, die Care-Ökonomie im weitesten Sinne.

Die zweite Aufgabe ist es, den Investitionsstau im Bereich der Kommunen aufzulösen und den sozialökologischen Umbau des Energie-, Transport- und Immobilienbereichs konsequent voranzutreiben. Dies würde den Industriestandort Deutschland nachhaltig stärken und zukunftssicher machen, die Abhängigkeit von Energieimporten schnell und deutlich senken, den Konkurrenzdruck auf die schwächeren Euro-Staaten reduzieren. Es wäre ein Angebot an die Arbeitnehmerschaft, gerade auch die binnenmarkt-orientierten Bereiche, an die regionale Wirtschaft und viele damit verbundene kleinere und mittlere Unternehmen. Wir brauchen eine neue Industrie- und Regionalpolitik, die auf zwei Beinen steht – dem Export und der Binnenachfrage. Auch dies wäre eine solidarische Mitte-Mitte-Unten-Politik.

Beide Aufgaben können aber nur an-

gegangen werden, wenn die Umverteilungsfrage offensiv gestellt wird. Genau in diesen Feldern aber konnte die SPD in der neuen Koalition nichts erreichen und die Grünen haben sie nach der Wahl von 2013 fast aufgegeben. Aber ohne Umverteilung keine Umgestaltung! Sonst ist eine linke Mitte nicht glaubwürdig. DIE LINKE erweckt manchmal den Anschein, als ginge es nur darum, im Sinne von Robin Hood (Ehre seinem Andenken) einfach Geld von oben nach unten durchzureichen. Hier gibt es auch Anknüpfungspunkte an eine mögliche neue Agenda der Grünen wie denen einer ökologischen Steuerreform, solidarischer Grundversicherung, verantwortlicher Bürgerbeteiligung oder der Förderung neuer Gemeinschaftsformen des Wirtschaftens. Real geht es um die glaubwürdige Finanzierung eines Prozesses weitreichender Transformation, die vor allem den bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den eng mit dem öffentlichen Sektor verbundenen kulturellen und sozialen Mittelschichten und den subproletarischen Gruppen unserer Gesellschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten gibt und zugleich die Gesellschaft auf die Herausforderungen der Zukunft viel besser als gegenwärtig vorbereitet. Rechnen tut sich dies allemal. Es geht letztlich um vier Veränderungen: Umverteilen von oben nach unten und von der privaten hin zur öffentlichen Hand, Umgestaltung im sozialökologischen Sinne, um wirklich demokratisches Umsteuern und um umfassende Solidarität. Dies könnte eine neue Erzählung einer solidarischen Linken sein, die linke Mehrheiten tatsächlich aktiv schafft. Und auf dieser Grundlage ließe sich auch über rot-rot-grüne-Regierungen produktiv reden. Noch sind selbst die elementaren Hausaufgaben nicht gemacht.



Michael Brie

ist Senior Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

brie@rosalux.de